

ZEITUNG DER STUDENTISCHEN  
SELBSVERWALTUNG

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT  
COLLECTED HIGHLIGHTS  
NO. 129A JANUAR 2008

# HUch!

## MYSTERIÖSE VORHERRSCHAFT

Warum bleiben ASten hartnäckig links? Was heißt hier überhaupt links? Wie wird es weiter gehen? Bleibt die TU eine Ausnahme? Erfahrt es auf den **Seiten 3-5**

## VERDÄCHTIGE VEREINIGUNG

Sie haben sich neu gegründet. Sie unterhalten sich abhörsicher. Sie kämpfen gegen strukturelle Diskriminierung. Eindeutig terroristisch. Auf **Seite 6**

## SUBVERSIVE FILME

Anspruchsvolle Filme aus der DDR? Womöglich zeigen die wie es wirklich war. Von einer DEFA-Film-Retrospektive berichten die **Seiten 14 und 15**

# Geheimnisse aus den

# Terror Zellen



## editorial

Keine Panik, wir sind noch nicht verhaftet und uns ist auch noch keine Verbreitung terroristischer Propaganda vorgeworfen worden, wir brauchen nur etwas länger, ehe wir druckreif sind, denn so eine Zeitung macht sich eben nicht nebenbei. Doch Angesichts der Ereignisse der letzten Monate, die sich nicht alle in unserem kleinen Heftchen widerspiegeln, wär's nett von euch, wenn ihr uns suchen kommt, solltet ihr wieder monatelang nichts von uns hören. Denn wenn aus einem irgendwiegearteten Bauchgefühl Argumente werden, dann ist die Konfrontation mit dem §129a nicht mehr weit und die Zensur wegen des Vorwurf der Produktion terroristischen Gedankenguts auf einmal legitim, wenn nicht sogar schützend für das Allgemeinwohl. Doch wir sind uns sicher, dass unsere intellektuelle Täterschaft gut getarnt ist. Wer würde schon bei einem Bericht über die Antisemitismuskonferenz 2007 in Madrid oder der Erklärung, warum polische Symbole trotz Umdeutungsversuchen nicht unpolitisch werden, in Panik geraten. Auch die Erinnerung an alte schwarz/weiß Filme, große Revolutionäre oder ein barrierefreies Studium für **alle** Studierende lassen keinen Verdacht aufkommen. daher seid gewarnt und lasst euch nicht beim Lesen erwischen.  
EURE HUCH!

## inhalt

- 3**    **Opposition 2.0.**  
Virtuelle Simulationen an der Uni
- 6**    **BIGS**  
Eine Ini stellt sich vor
- 7**    **Die Milliarden Euro Frage**  
Entwicklungsland Deutschland
- 8**    **Wer war nochmal CHE?**  
ASFH boykottiert das CHE-Ranking
- 10**   **Anyone dreams of killing jews**  
Bauchgefühl am Hals
- 11**   **Antisemitismuskonferenz 2007**  
Eine verkürzte Konferenz
- 12**   **Plug in or Cut it out!**  
1 Pro, 1 Kontra, 2 Themen...
- 14**   **Black and White Isn't Grey**  
DEFA-Film-Retrospektive in Israel

## der RefRat informiert:



### Liebe Studierende,

In Berlin, auch an den Berliner Hochschulen, geschehen antisemitische, rassistische, sexistische und rechtsextrem motivierte Übergriffe. Diese können auch durch KommilitonInnen und DozentInnen geschehen.

Um in Zukunft zusammen geeignet dagegen vorgehen zu können, müssen diese Aktivitäten dokumentiert werden. Viel zu oft werden Übergriffe in kleinem Rahmen weitererzählt und geraten bald wieder in Vergessenheit. Wir wollen uns einen Überblick über die Situation verschaffen und entsprechende Veränderungen herbeiführen.

Übergriffe müssen nicht zwangsläufig gewalttätig sein. Diskriminierendes Verhalten an sich stellt bereits einen Angriff auf die Integrität der Betroffenen dar. Auch Schmierereien können diskriminierend sein und prägen durch ihre Sichtbarkeit das Umgebungsklima. Darum: **schickt uns eure Informationen zu verbalen, visuellen und tätlichen Übergriffen und Vorfällen.**

Referat für Antifaschismus:	antifa@refrat.hu-berlin.de
Referat für Antirassismus:	antira@refrat.hu-berlin.de
Referat für alle Frauen:	frauen@refrat.hu-berlin.de

## impressum

■ **Anschrift**  
HUCH! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
huch@refrat.hu-berlin.de  
www.refrat.de/huch

■ **HerausgeberIn**  
ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASTA).

■ **Redaktion**  
Katharina Paar, Nelo Locke, Sascha Frank, Tobi Becker (V.i.S.d.P)

**Layout** Tobi  
**Lektorat** Jana, Daniél  
**Druck** Union Druck  
**Auflage** 3.000

Alle Artikel stehen unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung der Texte sind unter folgenden Bedingungen erlaubt und erwünscht:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Falls nicht selbstverständlich: Kein Artikel erhebt den Anspruch für die gesamte Verfasste Studierendenschaft zu sprechen. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich. Wer Rechtschreibfehler findet, möge sie behalten und sich bei uns zum Lektorieren melden (Email siehe oben).

**Redaktionsschluss** für die Nr. 53 ist 15. Februar 2008

# Opposition 2.0 – Virtuelle Simulationen

Foto: woodleywonderworks auf flickr.com



Das gesellschaftliche Trendpendel schlägt nach rechts aus. Wenig überraschend trifft das auch die Hochschulen und die dort verweilenden Studierenden. Warum es trotzdem noch linke ASten gibt? Voodoo? VON DANIEL KRETSCHMAR

Als im vergangenen Jahr das Studierendenparlament (StuPa) und damit der Allgemeine Studierendenausschuß (AStA) der Technischen Universität Berlin (TU) durch eine Mehrheit erkennbar rechts der Mitte gestellt wurde, sollte es ungemütlich werden. Während der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RSCD) seinen ersten berliner Sieg seit fast 40 Jahren feierte, leckten die Linken ihre Wunden und nur einige ahnten, wie viel Verbandsmaterial noch benötigt werden würde. In der Huch! und anderswo wurde bereits ausführlich über den Versuch der totalen Zerschlagung jeglicher Formen studentischer Selbstverwaltung berichtet, ein Verweis auf den traurigen Höhepunkt des Dramas – die Aufgabe sogar der Räumlichkeiten des AStA – soll an dieser Stelle deshalb genügen. Denn der Kern des Geschehens ist nicht die wenig überraschend zutage getretene destruktive Energie des Rechts-AStA, sondern die Art der Ausführung: Sie war hektisch, unvorbereitet und unprofessionell und offenbarte damit erstens, dass jene Berserker kaum selbst mit einem Wahlsieg gerechnet hatten. Wie konnten sie das auch: In Berlin scheint schließlich ein ehernes Gesetz zu bestehen, ein Bann geradezu, der die studentischen Vertretungsorgane sicher in linker Hand hält, Verzeihung, hielt. Oder doch im Präsens: hält? Denn zweitens machte es den Eindruck, die CDU-Nachwuchsstars von der TU hätten bereits im Amt ihr Glück nicht so ganz glauben können und die Wiederholung ihres Wahlerfolges nicht für möglich gehalten. Warum sonst zerstörten sie in dieser unglaublichen Eile noch grundlegendste Arbeitskapazitäten, die jeden AStA, ob links oder rechts, völlig funktionsunfähig zurücklassen musste? Der Beweis des Nimbus' linker Überlegenheit an den Universitäten wurde ja auch prompt angetreten. Die für ein Jahr in

die Opposition gedrängten „AStA-AbonnentInnen“ gewannen die StuPa-Wahl 2007 mit einer Zweidrittelmehrheit. Und die Welt war, von einigen kleinen Schönheitsfehlern abgesehen, wieder in der Ordnung.

Bedenken wir nun den medial permanent beschriebenen Fetisch um die gesellschaftliche Mitte, in Wirklichkeit handelt es sich um einen fortgesetzten Rechtstrend, drängt sich die Frage auf, wie es kommt, dass die Hochschulen (gemeint sind in diesem Falle die Studierendenschaften), als Ort der Spiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse, diesen Trend zumindest in Berlin partout nicht bestätigen wollen.

## 40 Jahre Linkssimulation

Da ist zuerst das Phantom der 68er, die so revolutionär nicht waren und schon gar nicht mehr sind. Was aber seit der magischen Jahreszahl Bestand hat, ist die Simulation einer oppositionellen Nische. Simulation deshalb, weil allein ein Blick in die Studien- und Prüfungsordnungen genügt, die Schreihälse mit ihrer Semesterrebellion ganz schnell wieder hinter die staatlich fixierten Schreibtische zu zwingen. Das gilt umso mehr seit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge. Wer da noch Zeit für Konspiration und Agitation übrig hat, soll nur machen, die Selbstdisziplinierungsmechanismen regeln den jugendlichen Überschwang früher oder später von ganz allein. Von peinlichen Ausrutschern übereifriger Ermittlungsbehörden (vgl. den Fall Andrej H., der, nebenbei bemerkt, nicht als Student, sondern als wissenschaftlicher Mitarbeiter ins Visier der Staatsschützer kam) abgesehen, bleiben die Hochschulen und ihre Angehörigen von allzu starker administrativ-repressiver Einflussnahme durch die



Organe der inneren Sicherheit verschont. Im Rahmen der vorgefundenen Umstände kann in aller Regel ungestört gelesen, mehr oder weniger fundiert Kritik geübt und bisweilen auch demonstriert werden.

### Virtuelle Dominanz

Eine verhältnismäßig kleine, für die Mehrheitsverhältnisse der Wahlen an den Hochschulen aber signifikante Gruppe Studierender nimmt nun gerne in dieser Simulation einer oppositionellen Nische Platz und manifestiert dort Jahr für Jahr eine virtuelle Dominanz, eine linke Dominanz. Virtuell ist sie nicht deshalb, weil eine höhere Wahlbeteiligung die linke Mehrheit brechen würde. Das würde sie nicht. Die einzigen beiden Wahlen an berliner Hochschulen mit erheblich

### Die linke Dominanz stützt sich lediglich auf ein Bauchgefühl ihrer Wählerinnen und Wähler

über dem Durchschnitt liegender Beteiligung (FU 2004, TU 2007) zeitigten genau das Gegenteil, nämlich eine drastische Stärkung der Links-ASten. Virtuell ist die linke Dominanz nur deshalb, weil sie sich lediglich auf ein Bauchgefühl, das besagt, dass Links eben irgendwie besser sei und nicht auf eine klar artikulierte oder gar organisierte Mehrheitsmeinung ihrer Wählerinnen und Wähler stützt. Dieses Bauchgefühl existiert an den Hochschulen in unterschiedlicher Ausprägung, die mit der Fächerstruktur genauso zu tun hat, wie mit der durchaus verschiedenen sozialen Zusammensetzung der Studierendenschaften, zeichnet sich dabei aber an TU, FU und HU im Gegensatz zu vielen westdeutschen Hochschulen dadurch aus, dass es dazu noch basislinks ist. Basislinks heißt in diesem Zusammenhang: im weitesten Sinne links, basisorientiert, staats- und parteifern. Wie sich die Staatsferne damit verträgt, dass die Organe der Studierendenschaft gesetzlich vorgeschriebene Teile der staatlichen Institution Hochschule sind, ist dabei keine ganz nebensächliche Frage.

### Vergebliche Klagen?

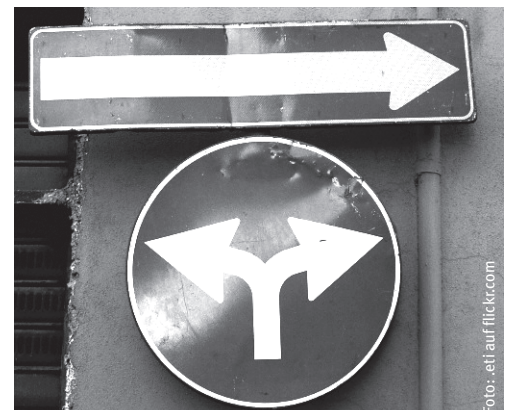
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), 1970 vor allem in maoistische Splittergruppen zerfallenes ehemaliges Flaggschiff der sogenannten 68er, stellte schon 1965 ganz richtig fest, dass die Verfasste Studierendenschaft (d.i. StuPa, AStA usw.) einen Ordnungsfaktor innerhalb der potentiell rebellischen Universität darstellt. Folgen wir dieser Auffassung, repräsentieren ihre Organe eine sogar staatlich gewollte (zumindest potentiell oppositionelle) Nische. Und da liegt der Hund begraben: waren in den Anfangsjahren der verfassten Studierendenschaften die Wahlkämpfe zu den Studierendenparlamenten noch geprägt von Miniaturausgaben der „großen“ Wahlkämpfe, SPD-Jugend gegen CDU-Jugend usw., installierte die 68er-Bewegung das Bewusstsein, dass besagte Nische auch von jenen, die nicht innerhalb des parteipolitischen, mithin konservativ vermittelten gesellschaftlichen Konsens stehen, besetzt werden kann. Genau das aber war eigentlich nicht vorgesehen und so mussten unter anderem Gerichte eingreifen, um dem bunten Treiben Einhalt zu gebieten. Das Urteil gegen den AStA Tübingen, dem verboten worden war, sich öffentlich zum Tode Benno Ohnesorgs zu äußern (Verwaltungsgericht Sigmaringen 1967: „Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“) war der Startschuss für eine bis heute andauernde Kampagne, die geführt von einer zahlenmäßig kleinen Gruppe Teil der Eindämmungsstrategie gegen die oppositionelle Nische ist.

Die Klagewelle ist nicht zufällig in den 90ern und bis zur Jahrtausendwende wieder angeschwollen: bis dahin hatte man sich im staatstragenden Lager in Geduld geübt, in der irrigen Gewissheit, der gesellschaftliche Rechtsruck würde zügig auch in den Hochschulen ankommen und sich bei den Wahlen zu studentischen Vertretungsorganen bemerkbar machen. Tat er aber nicht - die Mehrheit der ASten blieb links. Also sollte ihnen wenigstens der Mund verboten werden; was auch ganz gut funktioniert. Wer stichprobenartig die Publikationen studentischer Gremien aus den letzten 30 Jahren vergleicht, wird mit fortschreitendem Datum einen zunehmend zurückhaltenderen Ton und eine eingeschränktere Themenwahl bemerken. Nimmt man nun diese Veröffentlichungen als Indiz für die dahinterstehende politische Radikalität, darf den KlägerInnen wohl ein zumindest teilweiser Erfolg bescheinigt werden. Die ProtagonistInnen basislinker Politik zogen sich vielerorts mangels irgendeiner Arbeitsperspektive aus der Hochschule (oder der Politik) zurück und überließen das Feld weniger gut geschulten und organisierten SachverwalterInnen ihrer Frisurmoden und Parolen, die, mit Maulkorb und ohnehin anerzogener Beißhemmung ausgestattet, ganz gut zu ihren bauchlinken Wählerinnen und Wählern passten. Die Rechten blieben weiterhin draußen.

### Des einen Leid...

Der Vorhang für den nächsten Akt ging bald auf: die Daseinskrise basislinks geprägter Politik an der Hochschule machte sich im Zerfall der bis dato starken Hochschulgruppen bemerkbar, deren Platz wieder (nach einer fast 30-jährigen Pause) von parteinahen Jugendverbänden eingenommen wurde, die jedoch weiterhin mit der rebellischen Gefühlslage der Studierenden rechnen mussten. Deshalb hatten üblicherweise auch hier nur Gruppen mit wenigstens nominell linkem Programm eine Chance, halbwegs dauerhaft Fuß zu fassen. Es ist kein Zufall, dass kaum ein bundesdeutscher AStA in den vergangenen 10 Jahren nicht wenigstens zeitweise von Untergliederungen der Bündnisgrünen getragen worden ist.

Die Rückzugskämpfe der Basislinken waren verbittert und meistens zum Scheitern verurteilt, unter anderem deshalb, weil die parteinahen Jugendverbände an einigen Hochschulstandorten schon sehr früh erkannten, dass der für sie wesentliche Kampf nicht zwischen rechts und links, sondern, verkürzt gesagt, angesichts der virtuellen linken Dominanz zwischen unabhängig und parteinah erfolgte. Koalitionen mit offen rechten Listen gehörten so auf einmal zum Handwerkszeug, sind inzwischen aber kaum noch nötig: die wählende Mehrheit fühlt links





und nach Beseitigung der Konkurrenz auf jener Seite des Tisches steht der Okkupation der Simulation der oppositionellen Nische nichts mehr im Wege. Die Zusammenarbeit mit den Rechten wird von den entsprechenden Gruppen entgegen anderslautender Unterstellung nicht gern gewählt. Streng jesuitisch „heiligt der Zweck aber die Mittel“, und der Zweck ist die Erringung der Macht, die sich für legalistisch-formaldemokratische Gruppen, wie sie zwangsläufig aus Parteijugendverbänden erwachsen, eben in der Besetzung von Wahlämtern konstituiert.

### Ausnahme Berlin

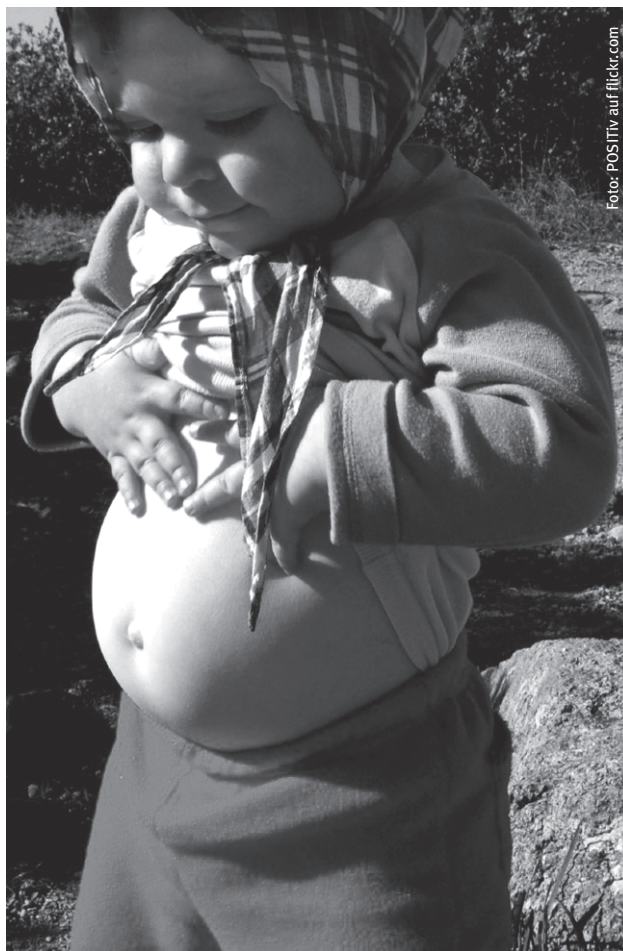
Einschränkend muss an dieser Stelle eingefügt werden, dass sich derartige Szenen nicht überall abgespielt haben und sich auch nicht zwangsläufig überall in dieser Form abspielen müssen. Dazu sind politische Hochschulgruppen meistens viel zu lose organisiert, erfahren eine hohe Fluktuation und können relativ leicht durch den Austausch von ein bis zwei Alphantieren völlig überraschende Wendungen vollziehen. Beschrieben wird nur eine Tendenz, die vor allem gegen Ende der 90er Jahre an verschiedenen Hochschulen zu beobachten war. Außer in Berlin.

An allen drei großen Hochschulen der Stadt hat es seit 1990 zwei Mehrheiten nie gegeben: keine offen rechte und keine parteinahe (Die TU-Wahl 2006 widerspricht dieser Beobachtung nicht, war die Mehrheit doch nicht offen rechts, sondern durch Tarnlisten erreicht worden.). Versuche einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse hat es natürlich immer gegeben, nur haben die einzigen die für eine solche Verschiebung beweglich genug sind, die linken parteinahen Gruppierungen, das Problem, dass sie immer nur in einem Lager um Zustimmung werben können: dem linken oder dem parteinahen, wovon das eine wie nun oft genug gesagt eine kaum angreifbare Mehrheit hat, das andere aber keine erringen kann. So gelingt es ihnen zwar hin und wieder (UL [heute: SDS.DIE LINKE FU] und Grüne um 2000 an der FU z.B.) kurzfristig in die bestehende linke Mehrheit „einzubrechen“, von einer dauerhaften Verankerung in den Strukturen der verfassten Studierendenschaft kann aber keine Rede sein.

### Das Ende der Fahnenstange

Es entsteht der Eindruck, die basislinken Gruppen müssten lediglich genug Personal für Wahllisten und Ämter sammeln sowie den Wählerinnen und Wählern ihre Existenz zur Kenntnis geben – und bei Erfüllung dieser zwei Bedingungen läuft die Sache.

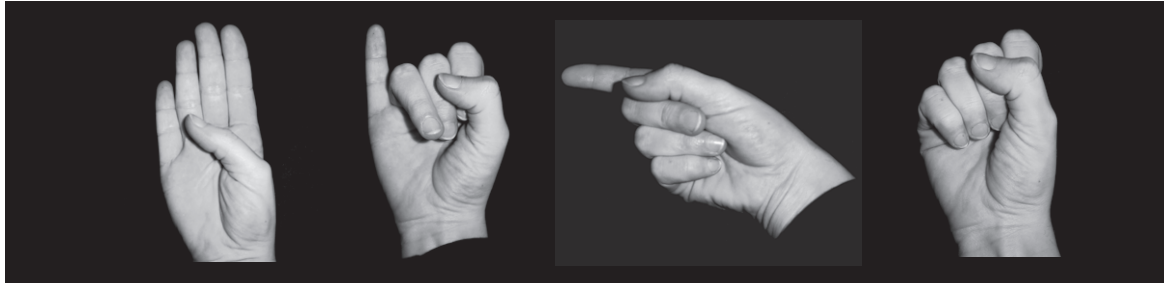
Vielleicht ist es tatsächlich genau so. Die an allen drei Hochschulen über Jahre gewachsenen Strukturen tragen so eindeutig die Prägung dieser unabhängigen linken Gruppen, dass Studierende, so sie überhaupt ihre Selbstverwaltung zur Kenntnis nehmen, diese mit einem bestimmten Politikverständnis und bestimmten Personen verbinden, die einer basislinken Programmatik zugeordnet werden können. Interessierte jüngere Studierende



Der Bauch schlägt links

kommen nach, für die Arbeit in den Gremien durch die tägliche Sacharbeit gewonnen. Es wachsen natürlich zu wenige nach, das ist immer so, aber doch eine hinreichende Zahl, um die vermutete erste Bedingung der fortwährenden basislinken Dominanz zu erfüllen. Wie lange es ausreichen wird, per Plakat und persönlicher Ansprache die zweite Bedingung zu erfüllen, ist schwer abzuschätzen. Gesellschaftliche Veränderungen werden auch an den Hochschulen ihren Tribut fordern und es genügt für die basislinken Gruppen gewiss nicht, sich dauerhaft auf die Größe der bauchlinken Gefühlswallung in der Studierendenschaft zu verlassen. Um aus der Simulation einer oppositionellen Nische und ihrer virtuellen linken Dominanz einen Wirkungsraum mit politischer Ausstrahlungskraft zu machen (so das überhaupt gewünscht ist), bedarf es mehr als der qualifizierten Mitgestaltung in Unigremien und quasigewerkschaftlicher Vertretungsarbeit für die eigene Klientel: es bedarf dafür eines politischen Programms und einem Organisationsgrad, wie er derzeit nur schwer vorstellbar sein dürfte. Solange dieses Programm und diese Organisation nicht in der Lage sind, die Universität als Institution grundsätzlich in Frage zu stellen, wird davon nicht mehr zu erwarten sein als eine (im besten Falle) Wiederholung der 68er, mit ihren kurzlebigen Erfolgen, wie auch ihrer Assimilation durch die Strukturen, gegen die sie vorgeblich angetreten waren. Dann kann eine weitere Generation ergrauter VersagerInnen mit Alan Ginsberg rufen: „You should have seen me reading Marx!“

**Die basislinken Gruppen müssen lediglich genug Personal sammeln und ihre Existenz kundtun – schon läuft die Sache**



## Die Berliner Initiative der Gebärdensprachigen StudentInnen (BIGS) stellt sich vor

**Z**um x-ten mal schaue ich auf meine Uhr, stelle enttäuscht fest, dass seit meinem letzten Blick auf die Uhr nur 2 Minuten vergangen sind und konzentriere mich wieder auf den Mund des Dozenten.

Der bräuchte Lippenbalsam, denn der Riss an der oberen Mundecke sieht ganz schlimm aus. Schluss mit der Auswertung der Lippenform, ich versuche mal wieder aus seinen bewegenden Lippen die Wörter herauszulesen. Meine Konzentration verlagert sich auf den Schnurrbart, schon interessant was man da alles entdecken kann. Ich glaube, ich habe schon zehn weiße Härchen zusammengezählt.

Wieder ein Blick auf die Uhr: Nur 3 Minuten sind um und ich gucke fragend zu meinem Kommilitonen, der mich nett beruhigt, dass es nicht so spannend sei. Aber dann guckt er wieder hochkonzentriert nach vorne und scheint doch Spaß am Vortrag zu haben. Das Vergnügen würde ich auch gern haben, bloß fehlt mir mein DolmetscherIn.

### Das Problem

Diese Situation ist leider nicht fiktiv, sondern gehört zum Alltag gebärdensprachiger<sup>1</sup> StudentInnen in Berliner Hochschulen. Um Vorlesungen oder Seminare barrierefrei mitverfolgen zu können, sind für sie GebärdensprachdolmetscherInnen nötig.

Die Kosten für deren Einsatz werden vom Studentenwerk übernommen, welches seinerseits das Geld vom Senat bezieht. Der momentane Satz liegt bei 46,40 Euro pro Stunde, in den auch die Fahrzeit und Fahrkosten, sowie Mehrwertsteuer mit einzuberechnen sind. Für die aktuellen DolmetscherInnenkonditionen ist das viel zu wenig und unterbezahlt. Doppelbesetzungen, normalerweise Standard für längere Dolmetsch-situationen (wie in Vorlesungen und Seminaren), werden erst seit kurzem in Einzelfällen bewilligt.

Für Integrationsmittel, dazu gehören Hilfsmittel und Personalkosten, stellt der Berliner Senat etwa 300.000 Euro pro Jahr zur Verfügung, mit denen **alle** „behinderten“ und chronisch kranken StudentInnen an **allen** Berliner Hochschulen auskommen müssen. Da die bewilligten Gelder bei weitem nicht ausreichen, haben die Hochschulen für die darüber hinaus benötigten Mittel gemeinsam aufzukommen. Diese Vereinbarung funktionierte einige Jahre ganz gut, bis vor zwei Jahren aufgrund von erhöhtem Bedarf wesentlich mehr Gelder beantragt wurden als in den Jahren zuvor. Die Hochschulen weigerten sich diesen Mehrbedarf zu übernehmen, obwohl es laut Berliner Hochschulgesetz zu ihren Aufgaben gehört, die Barrierefreiheit für alle StudentInnen sicherzustellen<sup>2</sup>.

Auch der DolmetscherInnenverband bleibt verständlicherweise hart bei seinen Forderungen nach angemessener Bezahlung, kommt aber seit kurzem den StudentInnen etwas entgegen, indem die wichtigsten Seminare zeitlich befristet bis Ende dieses Wintersemester gedolmetscht werden. Danach müssen bessere Bedingungen gelten.

### Die Initiative

Zwischen allen Fronten eingeklemt haben wir gebärdensprachige StudentInnen beschlossen, die Initiative „Berliner Initiative der gebärdensprachigen StudentInnen“, kurz BIGS, zu gründen. Durch die Initiative wollen wir gemeinsam unsere Vorstellungen von einem barrierefreien Studium zum Ausdruck bringen und unsere eigenen Interessen besser vertreten. Unser Hauptanliegen ist, möglichst schnell die Dolmetsch-situation an den Berliner Hochschulen für alle gebärdensprachigen StudentInnen bedarfs- und kostengerecht zu klären. Aber wir haben auch andere Ziele, wie die Koordination gebärdensprachiger StudentInnen an allen Berliner Hochschulen, Bildung eines Netzwerkes zwischen dem Hochschul- und außerhochschulischen Bereich (z.B. Gehörlosenverband), sowie Aufklärung über die Gebärdensprache und Gehörlosenkultur an den Unis durch Infomaterial und Veranstaltungen. Auch wollen wir eine Kontaktstelle für interessierte hörende StudentInnen sein. Wenn ihr also Interesse oder Fragen an unserer Initiative habt, schreibt einfach an [big.s.netz@googlemail.com](mailto:big.s.netz@googlemail.com), wir freuen uns auf jede Meldung!

Wir wollen betonen, dass alle Menschen freien Zugang zu Bildung haben sollten. Es gibt viele Ausschlussmechanismen, die Menschen dabei behindern. In unserem Falle ist das die Hörbehinderung. Doch man wird nicht behindert geboren, sondern erst durch die Gesellschaft behindert gemacht.

*Und ich verfolge voller Spannung die Vorlesung. Der Schnurrbart des Dozenten spielt nun keine Rolle mehr in meinem Leben. Ich gucke auf die Hände der DolmetscherIn, die mir die (mehr oder minder) spannenden Sachen aus der Welt des Wissens erzählen....*



Das Fingeralphabet der Deutschen Gebärdensprache (DGS)

<sup>1</sup> mit gebärdensprachig sind gehörlose, schwerhörige, Cochleaimplantat-tragende, resthörige und spärtaubte StudentInnen gemeint, die auf Gebärdensprache und Schriftsprache angewiesen sind.

<sup>2</sup> § 9 Abs. 2 BerlHG: „Die Hochschulen berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse behinderter Studenten und treffen in allen Bereichen die erforderlichen Maßnahmen der Integration der behinderten Studenten und Studentinnen.“



# Die Milliarden-Euro-Frage

Die Beteiligten am politischen Aushandlungsprozess warten zur Lösung der hausgemachten und per internationaler Studien belegter Bildungskrise mit administrativen Vorschlägen und vor allem der Forderung nach mehr Geld auf.  
Von Udo van Lengen

Bei den Bildungsausgaben spielt der stolze Exportweltmeister Deutschland nur in der zweiten Liga. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2005 nach Berechnung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei 5,2 Prozent – und damit deutlich unter dem OECD-Durchschnitt (5,5 %). Allein um im Hochschulsystem das Ausgabenniveau in Relation zum BIP des Jahres 1975 wieder zu erreichen, müssten die öffentlichen Ausgaben verdreifacht werden.

Auffällig sind aber auch die im Vergleich zu anderen Industriestaaten geringen Ausgaben für die Grundschulen und die Sekundarstufe I. Mit 4.948 Euro pro Grundschulkind liegt Deutschland fast 900 Euro unter dem Schnitt, in der Sekundarstufe I sind es über 800 Euro. Während in England, Italien oder Schweden laut IGLU-Studie neun von zehn Grundschulen mit einer Bibliothek aufwarten können, ist es in Deutschland nur jede zweite. Kinder, die sich zu Hause nicht aus einem üppig gefüllten Bücherregal bedienen können, haben das Nachsehen.

Ein Konzept, in welchem Maße die Bildungsausgaben steigen müssten, um zu einer höheren Chancengleichheit zu kommen, hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im Oktober vorgelegt. Die Vorschläge reichen dabei von einer besseren strukturellen Ausstattung von Kitas bis zu den Hochschulen, einer besseren Ausbildung des Erziehungspersonals, über Ganztagschulen samt kleineren Klassengrößen, bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Studierendenzahl auf 40 Prozent eines Jahrgangs bis zu einer Aufstockung der Ausgaben für die Weiterbildung. Geschätzte Mehrausgaben: 43 Milliarden Euro im Jahr.

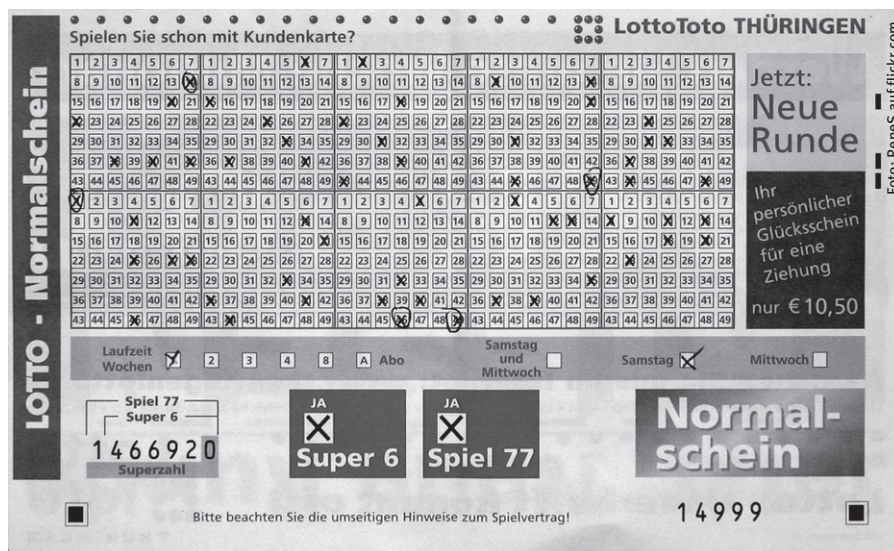
Schon 2004 errechnete die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die Ausgaben um fast 16 Milliarden Euro steigen müssten, wenn der OECD-Schnitt des Jahres 2002 erreicht werden soll. Auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft kommt auf Mehrausgaben von 34,3 Milliarden Euro. Davon entfielen gut 29 Milliarden auf die öffentliche Hand, und vier Milliarden auf die privaten Haushalte. Die von gut ausgebildeten Fachkräften profitierenden Unternehmen sollen fast nichts beisteuern.

Ein Grund, dass trotz der Bewußtwerdung des Mangels kaum etwas geschieht, ist sicherlich, dass die Mehrausgaben nur schwerlich ohne Steuererhöhungen zu finanzieren sein werden. Das würde aber eine Abkehr von der bisherigen Politik bedeuten, mit Unternehmens- oder Einkommensteuerreformen den Spitzenbereich zu entlasten. Hinzu kommt die ideologische Aufgeladenheit von Debatten wie um den Ausbau der Kinderkrippen. So hatte der Augsburger Bischof Walter Mixa dem Bund vorgeworfen, mit der Verdreifachung der Krippenplätze nicht dem Kindeswohl zu dienen. Die geplante staatliche Förderung degradieren Frauen zu „Gebärmaschinen“.

Außerdem hat der Bund seit der Föderalismusreform die letzten bescheidenen Kompetenzen im Schulbe-

reich verloren und plant sogar, sich noch weiter aus der Hochschulpolitik zurückzuziehen. Ein Gesetzentwurf zur Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes, das unter anderem Regelungen zum Hochschulzugang und den Abschlüssen enthält, durchläuft gerade die parlamentarischen Instanzen. Im Gegensatz zu anderen Föderalstaaten kann die zentrale Ebene also nichts koordinieren oder selbst finanziell in die Hand nehmen. Das führt dazu, dass Bundesländer ihre Kosten aufeinander abwälzen: Der eine bildet aus, der andere spart seine Schulen kaputt und wirbt „die besten Köpfe“ schlicht ab. Exemplarisch lässt sich das an Bayern verdeutlichen: Hier verließen 2005 gerade einmal 21 Prozent der Jugendlichen die Schulen mit einer Studienberechtigung – in den Stadtstaaten waren es hingegen weit über 30 Prozent. Angesichts der boomenden bayerischen Wirtschaft liegt die Vermutung nahe, dass Bayern sich später die auf Kosten anderer Länder ausgebildeten Menschen „einkaufen“ wird, woraufhin diese Länder künftig werden überlegen müssen, wie viele junge Menschen sie ausbilden.

Im Zuge der Verhandlungen um die zweite Stufe der Föderalismusreform gibt es jedoch Alternativvorschläge, die unter anderem auf den Investitionsbegriff abheben. Da nach Artikel 115 des Grundgesetzes die Schuldenaufnahme des Staates außer in extremen Ausnahmesituationen seine Investitionen nicht übersteigen darf, kommen bestimmte Bildungsausgaben zu kurz: Der Bau von Schulen beispielsweise gilt als Investition, die Einstellung von Lehrkräften hingegen nicht, wie vor allem SPD, Grüne und Linkspartei bemängeln. Letztere macht sich unter anderem für die grundgesetzliche Verankerung der Gemeinschaftsaufgabe Bildung in Artikel 91b stark. Langfristig solle es verbindliche Absprachen zwischen Bund und Ländern bei den Bildungsausgaben geben. Die Linkspartei will dafür 6 Prozent des BIP reserviert sehen, über dessen Verteilung der Wissenschaftsrat entscheiden soll.



Warten auf den 43 Milliarden Euro Jackpot

**Die Bildungsausgaben müssten um 16 Milliarden steigen um den OECD Schnitt von 2002 zu erreichen**



# Wer war nochmal CHE?

Das einflussreiche CHE bewertet Universitäten, um diese auf Kurs zu bringen. Die Studierendenschaft der ASFH hat in diesem Jahr beschlossen dem neoliberalen Treiben einhalt zu gebieten und die Fragebögen zu boykottieren. Wie und warum beleuchtet LENA MÜLLER

1 Diese in der Tagespresse eher untergegangene Nachricht, kann auf der Homepage des Astas der ASFH Berlin nachgelesen werden:  
<http://asta.asfh-berlin.de/index.php?id=261>

2 „Die Vorstellung einer „entfesselten Hochschule“ wurde in der gleichnamigen Publikation von Detlef Müller-Böling, dem Leiter des CHE Centrum für Hochschulentwicklung, entwickelt. Dem CHE dient diese Vorstellung als Leitbild. „Die entfesselte Hochschule ist autonom, wissenschaftlich, profiliert und wettbewerbsfähig, wirtschaftlich, international und neuen Medien gegenüber aufgeschlossen.“

3 [www.che-concept.de](http://www.che-concept.de) – Der Beirat berät die Leitung und die beiden Gesellschafter, Bertelsmann Stiftung und Hochschulrektorenkonferenz. Mit ihm wird die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung abgestimmt.

4 [www.dvsm.de/studienfuehrer.html](http://www.dvsm.de/studienfuehrer.html) ist ein Beispiel für einen solchen Studienführer

## Weiterlesen:

- Es gibt derzeit einige aktive Initiativen, wie z.B. [www.anti-b.de](http://www.anti-b.de), die sich Aufklärung über die verschiedenen Aktivitäten von Bertelsmann und Anhang zum Ziel gesetzt haben.
- Als eine sehr ausführliche Materialsammlung empfiehlt sich: [http://wiki.bildung-schadend-nicht.de/index.php/Bertelsmann-kritische\\_Informationen\\_und\\_Materialien](http://wiki.bildung-schadend-nicht.de/index.php/Bertelsmann-kritische_Informationen_und_Materialien)
- Infos der Boykottierenden ASFH: <http://asta.asfh-berlin.de>

Auf der [...] Vollversammlung vom 25.10.2007 beschlossen die Studierenden der Alice Salomon Hochschule Berlin, [...] das diesjährige CHE-Ranking im Studiengang Soziale Arbeit zu boykottieren.<sup>1</sup> Die kleine Hellersdorfer Hochschule ist damit absolute Vorreiterin, denn sie tut etwas, das in Deutschland noch nie versucht wurde: Sie verweigert die Beteiligung an dem seit 1997 durchgeführten Studienfach-Ranking des Centrum für Hochschulentwicklung (CHE).

## Das CHE als Hochschulreformerin

Das Centrum für Hochschulentwicklung, wird seit seiner Gründung 1994 als gemeinnützige GmbH vor allem von der Bertelsmann Stiftung finanziert, die auch Hauptigentümerin des gleichnamigen Medienkonzerns ist.

Nach eigener Darstellung handelt es sich beim CHE um eine „Reformwerkstatt für das deutsche Hochschulwesen“, die wertfrei und unabhängig über ihre Themen und Projekte entscheidet und dem Leitbild einer „entfesselten Hochschule“<sup>2</sup> folgt. Dabei gibt es sich den Anschein einer teilöffentlichen, gemeinwohlorientierten Organisation. Propagierte Ziele sind unter anderem: mehr Autonomie, bessere internationale Wettbewerbsfähigkeit und effiziente Ressourcennutzung der Hochschulen.

Ein Blick auf Pressemitteilungen, Politikempfehlungen, konkrete Projekte und Schwerpunkte zu denen das CHE arbeitet, macht jedoch klar, das hinter diesen neutral klingenden Begriffen sehr konkrete Ziele stehen: Einführung von Studiengebühren, Erschließung des Bildungsmarktes für private Investoren, Marktkonkurrenz zwischen den Universitäten um Forschungsgelder und Studierende und eine allgemeine Ausrichtung der Hochschulen an den Bedürfnissen der Wirtschaft. Derartige Überlegungen werden im engen Dialog mit Entscheidungsträger/innen aus Hochschulen, Verwaltung und Politik konkretisiert.

Das Interesse der Bertelsmann-Stiftung an einer solchen Entwicklung liegt auf mehreren Ebenen. Zum einen zwingt die Kostenbeteiligung die meisten Studierenden sich auf verwertbares Wissen und in der Wirtschaft benötigte Fähigkeiten zu konzentrieren. Zum anderen entsteht ein Markt für Bildungsdienstleistungen der sich für einen Verlags- und Medienkonzern wie die Bertelsmann AG als äußerst lukrativ erweisen kann.

Das CHE verfolgt das Ziel Universitäten im Wettbewerbsdenken zu schulen. Das Ranking, das von der *Zeit* veröffentlicht und vermarktet wird, ist dabei ein Werkzeug zur Umsetzung des Bertelsmannschen Universitätsmodelles.

Denn mit Verbreitung des in Eigenregie gestalteten Rankings etabliert das CHE, die Kriterien der Bewertung, die selbstverständlich den eigenen Idealen entsprechen: Orientierung am Arbeitsmarkt, Drittmittel, Ausstattung, Forschungsreputation, Publikationen.

Die enge Zusammenarbeit mit Politiker\_innen – beispielsweise sitzt der Berliner Bildungsminister Jürgen Zöllner im Beirat des CHE<sup>3</sup> – lässt erwarten, dass diese Kriterien und die daraus entstehenden Bewertungen durchsetzen und Rankingplätze zukünftig relevant für die Vergabe finanzieller Mittel sein werden. Auch andernorts wird dies vermutet: Die Rektorin der ASFH hatte im Kontext des Rankingboykotts mit ihrer Angst davor, Mittel zu verlieren, argumentiert. Bisher wird die Mittelvergabe offiziell noch nicht an das Ergebnis des CHE-Rankings gekoppelt. Aber im Zuge des politischen Klimas und der Eliteuniversitätswettbewerbe mit Belohnungsfaktoren, ist eine solche Änderung vorstellbar.

Weiter an Einfluss gewinnt das Ranking, wenn Studienanfänger\_innen ihren Studienort danach wählen. Die zweidimensionalen Tabellen, die mit roten, grünen und gelben Kugeln arbeiten, enthalten jedoch kaum wirklich relevante Daten für die qualifizierte Studienplatzwahl. Informationen über Studienverlauf, Schwerpunkte der Lehrenden, Lage und Größe des Instituts oder das Mensaessen sind beispielsweise nicht oder nur schwierig zu finden. Dennoch könnte das einseitige Rankingergebnis die Studienanfänger\_innen in ihrer Wahl der Hochschule beeinflussen.

Von Fachschaften organisierte Studienführer<sup>4</sup> sind oft viel hilfreicher, denn Studierende wissen selbst am Besten, welche Informationen sie gerne vor ihrem Studienbeginn gehabt hätten. Diese schaffen es auch durchaus auf eine wertende Rangfolge zu verzichten und trotzdem bei der Studienplatzwahl zu helfen. Im Gegensatz dazu stützt sich das CHE auf subjektive Benotungen von Studierenden, verwendet diese aber als vermeintlich objektive, gar vergleichbare, Daten und erstellt eine Rangfolge. Sie könnten stattdessen auch Fachschaftsleitfäden nutzen, da diese auf wertende Vergleiche verzichten.

## Kund\_innenberatung

Insgesamt sind die Kriterien, sowie die Aufbereitung im Internet ein Spiegelbild des CHE-Leitbildes der „entfesselten Hochschule“. Studierende sind Kund\_innen, die sich über das Produkt „Studium“ ähnlich informieren sollen, wie über den zukünftigen Handyvertrag. Dabei können dann die Benotungen von Betreuung und Forschung genauso gegeneinander abgewogen werden, wie der Preis einer SMS gegen die Freiminuten ins eigene Netz.

Außerdem vermitteln die Aussagen den potentiellen Studienanfänger\_innen, dass vor allem die zukünftigen angeblichen Berufs- und Einkommenschancen für die Wahl ausschlaggebend sein sollten. Die Fachbezogene Arbeitslosenquote gibt es gleich mit auf der Seite.<sup>5</sup>

Überdies zieht das CHE noch einen weiteren Vor-

teil aus dieser „Evaluation“: Es erhält die durch die Umfragen erhobenen Daten und kann sie in anderen Zusammenhängen für die eigene Politik einsetzen.

In den Umfragebögen wird auch nach persönlichen Informationen gefragt, deren Relevanz für die Hochschulbewertung nicht direkt einleuchtet: z.B. Einkommen, Wohnungsgröße oder Abinote.

Generell scheinen Bedenken bezüglich des Datenschutzes angebracht: am Ende des Fragebogens wird nach der E-Mail-Adresse gefragt, was zusammen mit den weiteren Daten des Bogens die angebliche Anonymität doch sehr in Frage stellt. Es ist auch nicht klar, wofür die Daten sonst noch verwendet werden.

## Boycottversuch

Jedes Jahr werden nicht alle, sondern nur einige Fächer bewertet. An den einzelnen Hochschulen werden zu Beginn des Wintersemesters Briefe an einen per Zufall ausgewählten Teil der Studierenden versandt, die die Zugangsdaten zu einer Internetseite mit der Umfrage beinhalten.

Vor der Umfrage-Phase gibt es leider weder auf der CHE-Homepage, noch bei der *Zeit* Informationen darüber, welche Fächer demnächst gerankt werden.

Der Boykott an der ASFH war folglich auch etwas unvorbereitet. AStA-Mitglieder waren im Vorfeld nur deshalb über das Ranking informiert, weil Dozent\_innen in Lehrveranstaltungen darum warben die ASFH möglichst positiv zu bewerten und außerdem erklärten, dass mit einem guten Abschneiden die Berufschancen der Studierenden steigen würden. Der AStA informierte sich daraufhin selbst über das CHE und beschloss seine ablehnende Haltung.

Es wurden im ganzen Gebäude vorerst Informationsplakate mit Aufforderung aufgehängt, die Zugangsdaten weg zuwerfen. In der folgenden Diskussion gab es dann aber auch die Idee unsinnige Daten einzutragen (z.B. alles top oder schlecht bewerten), um die Glaubwürdigkeit des Rankings in Frage zu stellen. Es wurde auch versucht die Verschickung der Briefe zu verhindern oder zu verzögern, wobei sich die Rektorin auf Verträge mit dem CHE berief, die sie einhalten müsse.

Auf der zu Beginn erwähnten Vollversammlung wurde schließlich beschlossen, dass die Briefe im AStA abgegeben werden sollen, damit es einen Überblick über die Zahl der Boykotteur\_innen gibt. Dort kamen knapp 80 der etwa 500 an die ASFH Student\_innen verschickten Briefen an. Wie viele



Ursprüngliches Ranken – ohne politische Agenda

Studierende den Bogen nach der Informationsverwirrung (Wegwerfen? Abgeben? Müll eintragen?) wirklich ausgefüllt haben, und wie viele davon sinnvolle Daten eingetragen haben, ist nicht bekannt.

## Fazit einer Premiere

Gemessen an der Auswertung des aktuellen Ranking scheint der Boykottversuch eher gescheitert zu sein. Denn das CHE führt die ASFH trotzdem im seinem aktuellen Ranking auf und stützt seine Angaben dabei auf Aussagen von Studierenden. Da das CHE aber seine Daten bereits bei einem Rücklauf von 15 Antworten als valide ansieht<sup>6</sup>, ist ein in dieser Hinsicht erfolgreicher Boykott höchst unwahrscheinlich, denn eine Beteiligung von annähernd 100% ist wohl kaum ein realistisches Ziel.

Auf anderer Ebene lassen sich sehr wohl Erfolge verzeichnen. Zum Beispiel wurde über das CHE informiert und somit der Anschein der Neutralität infrage gestellt. Der eigentliche Erfolg des Boykotts liegt darin, dass hochschulintern wie extern eine Diskussion über das CHE und Bertelsmann und über den allgemeinen Sinn von Rankings und Wettbewerb zwischen Hochschulen und deren Ausgestaltung angestoßen wurde. Auch andere ASten und studentische Interessenvertretungen haben den Boykott unterstützt.<sup>7</sup>

Wünschenswert wäre es natürlich, wenn im nächsten Herbst Studierende an verschiedenen Standorten etwas besser vorbereitet einen breiteren Ranking-Boycott organisieren würden.

5 [www.das-ranking.de](http://www.das-ranking.de)

6 [www.hochschulvergleich.ac.at/hochschulvergleich\\_news.html](http://www.hochschulvergleich.ac.at/hochschulvergleich_news.html)

7 <http://asta.asfh-berlin.de/index.php?id=261>



# Anyone dreams of killing jews

Seit H&M Palitücher verscherbelt, sind sie nicht mehr nur an den Hälsen von Neonazis und kritikresistenten Traditionslinken zu finden. Das Palituch wird nun als Mode-Accessoir getragen. Eine kurze Erinnerung, warum es nicht ganz so einfach ist, mit dem Unpolitischen.

VON DER HUMMEL

*Die Stunde des Gerichtes wird nicht kommen, bevor Muslime nicht die Juden bekämpfen und töten, so dass sich die Juden hinter Bäumen und Steinen verstecken und jeder Baum und Stein wird sagen: „Oh Muslim, oh Diener Allahs, ein Jude ist hinter mir, komm und töte ihn!“ (Art. 7, Charta der Hamas)*

Die Geschichte der Verbreitung der Kufiya, des Pali-Tuches, ist eng verknüpft mit der Geschichte des Kampfes gegen Juden und Israel. Da es nach dem 2. Weltkrieg in Europa nicht mehr en vogue ist, sich der antisemitischen Feindschaft gegenüber als jüdisch deklarierten Menschen zu bekennen, bekennt mensch sich halt zum „Antizionismus“. Das klingt schöner und die deutsche Linke, die das Palituch in Deutschland einführte, währte sich auf der richtigen, weil „antiimperialistischen“, Seite.

## Die Verbreitungsgeschichte

Daß das vermeintliche Symbol des Kampfes der Unterdrückten ab ca. 1936 durch Amin al Husseini und seine Schergen in Palästina erst mit Gewalt, Folter und Mord durchgesetzt wurde, wird dabei komplett ausgeblendet.

Amin al Husseini, der sich selbst als Großmufti von Jerusalem legitimierte, arbeitete in seinem Kampf gegen Briten und Juden mit den Nazis und der Muslimbruderschaft zusammen. Letztere stellen auch heute noch, ideologisch wie organisatorisch, den Kern der islamistischen Bewegung. Als bewaffneter Arm der Muslimbruderschaft in Palästina wurde u.a. die Hamas gegründet.

Ihr Ziel ist der Widerstand gegen die „kulturelle Moderne“. Das Tragen der Kufiya soll eine Rückbesinnung auf die „eigene“ Kultur ausdrücken und befördern. Damit geht eine restriktive Kleiderordnung einher, die sich unter anderem im Verschleierungszwang für Frauen in den von der Hamas beherrschten Gebieten zeigt. So wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt, das sich zusätzlich über Feindbildung konstituiert. Zu Feinden werden jene gemacht, die nicht dazugehören oder dazugehören wollen. Es geht somit nicht darum, eine

Kultur in Koexistenz zu bilden, sondern um Bekämpfung, nicht nur Israels, sondern des gesamten „Westens“.

Daß es nicht nur um eine Kultur geht, macht sich auch an den furchtbaren Konsequenzen und der Verblendung der Djihadisten fest. Viele palästinensische Kinder werden dazu erzogen, ihr Lebensziel darin zu sehen, sich und möglichst viele andere Menschen in die Luft zu sprengen. Das Streben nach individuellem Glück wird verteuft. Individualität und die Wahrnehmung eigener persönlicher Interessen werden hier mit einem halluzinierten jüdischen Prinzip identifiziert und in den eigenen Reihen aufs Schärfste verfolgt – in der 1. Intifada wurden mehr Palästinenser durch Palästinenser getötet, als von der israelischen Armee; Und das nicht nur wegen vermuteter und oder tatsächlicher Kollaboration, sondern vor allem wegen Übeln wie Drogenkonsum, Videohandel und Prostitution.<sup>1</sup>

In Deutschland wurde das Palituch in den 1970er Jahren durch die Solidarität mit Palästina eingeführt. Sie galt zwar auch moderateren Organisationen in Palästina (DFLP und PFLP), doch selbst diese setzten sich ein Ausradieren Israels als Ziel, und den bewaffneten Kampf als den Weg dazu. (vgl.: Charta der PLO) Wichtig war für weite Teile der deutschen Linken, daß mensch sich gegen „den Westen“ wendet, allen voran die USA und Israel, welches als amerikanischer imperialistischer Brückenkopf im Nahen Osten verstanden wird. Daß es sich vielmehr um einen Staat handelt, der als Reaktion auf den von Deutschen durchgeführten Holocaust entstand und daß es insofern besonders problematisch ist, wenn sich eine Generation später deutsche Linke mit einer nationalen Bewegung solidarisch erklären, die sich von Israel und einem halluzinierten Weltjudentum „befreien“ will, war hingegen nicht so wichtig.

Diese Solidarität gilt außerdem einem imaginierten Volkskollektiv und kennt insofern keine Individuen, sondern nur Teile des Ganzen, die mit ihrer Kultur identisch sind. So werden die Menschen im nicht-westlichen Teil der Welt von westlichen AntiimperialistInnen nur als Opfer wahrgenommen und nicht als Subjekte, die sich eigenständig für oder gegen etwas entscheiden können.

## und heute?

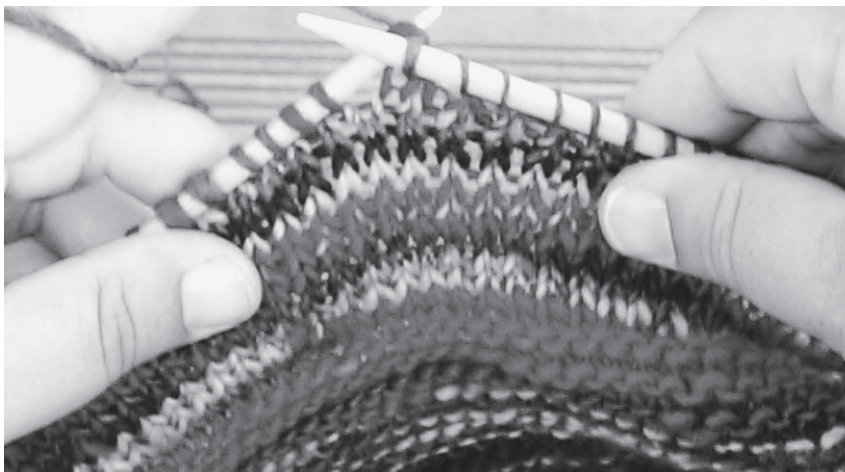
Eine Renaissance erlebt das Palituch seit dem letzten Irakkrieg, und zwar wegen seines angenommenen „Anarcho-Chics“. Auch wenn die TrägerInnen den Schal für ein unpolitisches Accessoire halten, liegt seine halluzinierte Rebellischkeit, der eigentliche Reiz desselben, in seiner ihm eigenen eindeutigen Durchsetzungsgeschichte begründet. Umdeutungsversuche schlagen daher fehl, da – ähnlich dem Hakenkreuz, das durch den Nationalsozialismus und die deutsche Judenvernichtung untrennbar mit diesen verbunden ist – dieses Kleidungsstück durch die ProtagonistInnen seiner Verbreitung eindeutig konnotiert ist.

Daher sollte mensch sich im Klaren sein, daß mit dem Palituch nicht einfach ein warmer Schal getragen wird, sondern immer auch ein Symbol des antisemitischen Kampfes gegen Juden und das „jüdische Prinzip“.

1 „Bündnis des Grauens“; jungle world 49/2002

### Zum Weiterlesen:

- M. Küntzel; Jihad und Judenhass, Freiburg 2002;
- Mallmann/Cüppers; Halbmond und Hakenkreuz, Darmstadt 2006;
- Gerhard Höpp, Muf-ti-Papiere, Berlin 2002



Strick doch mal wieder!



# Antisemitismuskonferenz 2007

Wer vom bürgerlichen Kapitalismus  
nicht reden will, sollte auch vom  
Antisemitismus schweigen  
VON AEON FLUX UND TANK GIRL

Aber sie reden doch, zum Beispiel auf der Antisemitismuskonferenz mit dem ehrgeizigen Titel: „Analysis and Strategies against Antisemitism“, die Ende November in Madrid stattfand. Organisator\_innen waren das „Internationale Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung“ (IIBSA) sowie die spanische Organisation „Movimiento contra la Intolerancia“ in Zusammenarbeit mit dem American Jewish Committee und der Friedrich-Ebert-Stiftung Madrid. Themen wie „The Political Left and Antisemitism“ und die Thematisierung von antisemitischen Tendenzen in globalisierungskritischen Theorien sowie die wachsende Popularität dieser Theorien in der extremen Rechten, ließen auf spannende und kontroverse Auseinandersetzungen hoffen. Eine Hoffnung die jedoch enttäuscht wurde.

Als Referent\_innen – tatsächlich fast ausschließlich Männer – und auf das Podium waren Vertreter\_innen von staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen NGOs eingeladen. Ähnlich sah es im Publikum aus. Aus Angst vor Angriffen durch Rechtsextremist\_innen oder spanische Linke hatten die Veranstalter\_innen auf eine breite Mobilisierung verzichtet. Dementsprechend blieb es auch in den Workshops und Diskussionen weitgehend beim Aufgreifen staatlicher Diskurse und Handlungsansätze und ging damit zwangsläufig in eine bestimmte Richtung.

## Die Anderen sind Schuld

Auch das Veranstaltungskonzept gab einigen Anlass zu Kritik: obwohl als zweigliedriges Konzept mit Podiumsdiskussionen und Workshops angeordnet, hatten doch alle Veranstaltungen eher den Charakter von Frontalunterricht. Wirkliche Diskussionen kamen dabei leider kaum zu Stande.

Inhaltlich wurde die Konferenz von einer Position dominiert, die Antisemitismus vor allem als extremistisches Problem klassifizierte. Neben Rechtsradikalen wurden insbesondere Islamist\_innen und nicht selten pauschal Muslime als Antisemit\_innen identifiziert. So förderten einige der Referent\_innen den Eindruck, Antisemitismus sei ein genuin muslimisches Phänomen und wäre im christlich-aufgeklärten Europa überhaupt kein Thema, wären da nicht die islamistischen Einwanderer, die überhaupt erst Antisemitismus hierher brächten. Kein Wort darüber, dass es ein christliches Land war, in dem der Holocaust stattgefunden hat,



In Spanien gibt's nicht nur argumentative Sackgassen

kein Wort (zumindest seitens des Podiums), über die Rolle der Kirche im Zusammenhang mit Judenverfolgung vom Mittelalter bis in die Neuzeit und vor allem: kein Wort über die Verbindung zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Antisemitismus.

Wer in derlei Argumentationslinien bereits das Konstrukt eines ‚zivilisierten‘ Europa in Abgrenzung zur ‚unzivilisierten‘ arabischen Welt erkennt, bekam dies zu allem Überfluss auch noch überdeutlich demonstriert, als der spanische Autor Adolfo Garcia Ortega in diesem Zusammenhang von „Barbaren“ sprach.

## Der Staat wird's richten

Die Konsequenz aus derlei rassistischen Hirngespinnsten konnte nur der Ruf nach dem starken Staat, der unser gutes Europa vor den antisemitischen Feinden im Inneren wie von aussen beschützt. Dahingehend wurde einerseits eine verstärkte Kontrolle muslimischer Einwanderer und andererseits die Schaffung neuer Gesetze und die Zensur von Webseiten mit antisemitischen Inhalten gefordert. Während letzteres als Zugeständnis an real existierende Verhältnisse diskutiert werden könnte, jedoch technisch kaum umsetzbar sein dürfte, ist das erste unverkennbar Ausdruck der rassistischen Konstitution und Ausgrenzungspolitik der Festung Europa.

Daneben gab es vereinzelte Hoffnungsschimmer in Form radikalerer Ansichten, die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in Europa, die Kirche und den Staat vielmehr als Teil des Problems denn als Teil der Lösung verstanden haben wollten. Leider blieben solche Stimmen marginal und in vagen Hoffnungen an die Zivilgesellschaft wenn nicht in gänzlicher Ratlosigkeit verhaftet.

So richtig und wichtig der Kampf gegen Antisemitismus ist, so wenig konnte diese Konferenz dazu beitragen. Denn da Antisemitismus ein Phänomen ist, das unter anderem von der bürgerliche Gesellschaft immer wieder hervorgebracht wird, muss eine Kritik, die nicht auf die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse abzielt, notwendigerweise zu derart verkürzten Ergebnissen führen. Aus dieser Erkenntnis entstand die Idee für 2008 eine vergleichbare Konferenz zu organisieren, die aus den Defiziten der diesjährigen in Punkto Mobilisierung, Veranstaltungskonzept und Geschlechterverhältnis gelernt hat und Konsequenzen zieht. Watch out for Infos!

# Plug in or Cut it out

## Ein Pro, ein Kontra, zwei Themen, zwei Ansichten

### Gegen eine falsche Welt oder: Ein ganz normaler Tag

VON HUSKY

Cut it out

**H**eute möchte ich euch eine Geschichte erzählen. Ich bin absolut dagegen, dieser Story einen Sinn zu geben, probiert also auch keinen zu entnehmen. Keine ‚Moral von der Geschicht‘, keine klar formulierte Ideologie, kein Kontext. Ich habe eure Zeit zu verschwenden, wenn ihr also zu beschäftigt seid oder euch zum sinnlosen Zeitvertreib lieber eine Fernseh-Serie anschaut, dann blättert besser weiter. Es folgen keine weiteren Rechtfertigungen.

Sie hatte schlechte Laune. Es war ein ganz normaler Tag, aber ihr fiel auf, dass normal eben nicht gut ist. Geweckt wurde sie nicht von ihrem Handy, sondern von Rufen, die über den Hof zu ihr schallten, da sie mit offenem Fenster schlief. „Steh endlich auf! Dein Wecker klingelt seit einer halben Stunde. Bist wohl Student, dass du bis um neun schlafen kannst!“ Wer beginnt den Tag nicht gerne mit Sozialneid von BauarbeiterInnen, sprachlicher Ignoranz und der Einsicht, dass unterschiedliche Lebensrealitäten zwar existieren, aber alle gerne in ihrer Box denken. Sie hatte sich für den Tag extra nichts vorgenommen, um ein großes Stück in ihrer Hausarbeit weiter zu kommen. Die nächsten Tage würde sie dafür keine Zeit finden.

Kaffee trinken mit den MitbewohnerInnen ging auch nicht, da weder Kaffee noch Menschen in der Wohnung waren. Sie grübelte also weiter, ob sie ein schlechtes Gewissen haben sollte, dass sie an diesem Tage keiner Erwerbsarbeit ins Auge sah, während sie den Großabwasch vom Vortag erledigte. Sie entschied sich dagegen und setzte sich an ihren Schreibtisch, um an ihrer Hausarbeit weiter zu arbeiten. Zwei Stunden drückte sie sich erfolgreich um ihre Hausarbeit. Dafür hatte sie jedoch das Protokoll des letzten Plenums abgetippt, eine neue Lieblingsplaylist erstellt, eine achtseitige To Do

Liste geschrieben und erfolgreich Mails beantwortet – nicht ohne bei gmx folgende „Artikel“ angeboten zu bekommen: „Magersucht führt in jedem 10. Fall zum Tode“ stand neben „Mit diesem Produkt nehmen sie schneller ab“.

Danach plagte sie der Hunger und sie ging in die menschenleere Küche zurück, um zu essen. Es war kein Brot da. Sie beschloss einkaufen zu gehen, da ja auch noch Kaffee fehlte. In der Tram hörte sie ein Gespräch zwischen zwei Männern mit, was sie erneut schmerzhaft an ihren kapputten MP3 Player erinnerte. „Ein Zimmer kostet nur 80 Euro pro Nacht.“ „Was? Zu dem Preis können wir ja gleich das ganze Hotel mieten!“ Der andere Mann lacht und nickt. „Super, ich habe im Februar frei. Wir treffen uns in New York und jetten runter. Zehn Tage, was sagst du?“ Super. Da war

jetzt also ihr Sozialneid geweckt. Als sie das nächste Mal in das Gespräch reinhörte, war sie froh noch nichts gegessen zu haben. „Wenn die Karin heute Abend kommt! ...“ (Pfeift, macht ausladende Handbewegung vor der Brust) „Da kannst du mal ne Rassefrau sehen. Süßes Gesicht, schwarze Haare und die kann tanzen! Vielleicht hast du ja mehr Glück bei ihr zu landen als ich.“ Mittlerweile rot vor Wut ging sie zur Tür der Tram, nicht ohne versehentlich auf die gut geputzten Schuhe der Männer zu treten. Als sie mit ihren Essensutensilien und den üblichen Alkoholika an der Kasse wartete, hörte sie hinter sich, drei durchgestylte Frauen kichern und murmeln. Alles was sie ausmachen konnte, war „Diese Punks in diesem Bezirk.“ Mit sorgfältig zusammengezogenen Augenbrauen drehte sie sich zu den „Tussies“ um und übte ihren Feuerblick. Der gelang zwar ganz gut, aber das Getuschel konnte er nicht stoppen. Vor der Tür des Supermarktes stritten sich ein junger Schnorrer und ein älterer „Straßenzeitungs“verkäufer darüber, wer der ‚Sozialschmarotzer‘ sei. „Gib ihm nichts, der versäuft das nur!“ „Gib dem lieber nichts, der klaut!“ Sie war genervt. Es gab kein Entkommen. Alles war wie immer falsch. Auf dem Rückweg hatte sie eine gut gelaunte Gruppe Punks in der Bahn. Sie wollte schon aufatmen, als die Gruppe einen Schüler mit einem Ärzte Pullover sah. „Ärztelings sind schwul!“ „Schwuchtel!“ Sie explodierte und schrie die Punks an, was das jetzt schon wieder für eine homophobe Kacke sei. Die Antwort war nicht überraschend. „Bleib doch ruhig. Ist doch nicht als Schimpfwort gemeint! Verstehst du keinen Spaß?“ Nein. Sie verstand keinen Spaß. Nicht heute, nie. „Wenn du dich wieder abgeregt hast, kann ich eines von deinen Bieren haben, Kleine?“ Wie sehr wollte sie sich in ein großes grünes Monster verwandeln. Sie sah scheinbar zu viele Filme! Sie schnaubte also nur. Zu Hause versuchte sie sich nach erfolgreicher Nahrungsaufnahme wieder ihrer Recherche für die Hausarbeit zu widmen und bemerkte schnell, dass sie an einem solch unaufgeräumten Schreibtisch nicht arbeiten konnte. Erst gegen sieben hatte sie tatsächlich angefangen, in einen Arbeitsrhythmus zu kommen. Dann klingelte das Telefon. Nicht rangegangen, war Familie. Nächster Versuch. Jetzt kamen die austauschbedürftigen MitbewohnerInnen nach Hause. Eine nach dem Anderen. Es wurde gekocht. Die WG diskutierte den neuen Stromanbieter und tauschte sich über ihren Tag aus. Uni war anstrengend. Arbeit war scheiße. Die Politgruppe bekommt nichts gebacken. Sie hatte ein Gruppentreffen danach. Auch dort das Selbe. Viel zu tun, wenig Zeit es anzupacken und kaum Ideen, was getan werden könnte. Gegen zwölf machte sie sich mit schlechtem Gewissen zurück an ihre Hausarbeit. Gegen vier hatte sie eine Seite geschrieben, stellte ihren Wecker auf 8 Uhr und fiel ins Bett.



Foto: markuZ auf flickr.com



Foto: pixelroiber auf flickr.com

So viele Möglichkeiten: Es bleibt spannend

## The future is unwritten!

VON KASKI

Marty McFly mag es überhaupt nicht, wenn ihn jemand eine „feige Sau“ nennt. Er vermasselt sich sogar seine Musikerkarriere, weil er sich auf ein Autorennen einlässt, das zu jenem Unfall führt, durch den er sich die Hand verletzt und nicht mehr Gitarre spielen kann. Zum Glück aber findet dieses Rennen nie statt! Das klingt zunächst widersprüchlich, erklärt sich allerdings, wenn mensch die kleine Box, den sogenannten Fluxkompensator, wie er bei „Zurück in die Zukunft“ heißt, bedenkt, der „Zeitreisen überhaupt erst möglich macht.“ Der oben stehende Satz müsste also folgendermaßen umformuliert werden: Er würde sich sogar seine Musikerkarriere vermasselt haben, wenn nicht... ja wenn nicht was?

Formal handelt es sich bei „Zurück in die Zukunft“ um ein Sequel, d.h. eine Serie von aufeinander aufbauenden Handlungssträngen. Während Sequels gewöhnlich zeitlich linear verlaufen, gibt es bei „Zurück in die Zukunft“ zwar eine lineare Handlung (die an der Figur Marty McFly festgemacht ist), allerdings verläuft diese quer durch die Zeit. Steter Bezugspunkt ist eine sich verändernde Gegenwart.

Die Trilogie oszilliert permanent zwischen der Vorstellung einer determinierten sowie zirkulär verlaufenden Geschichte und der Möglichkeit aktiv und verändernd in den Verlauf der Dinge einzugreifen. Einerseits wiederholen sich gleichartige Szenen durch alle Zeiten hindurch: sowohl im Wilden Westen, im Jahr 1955, als auch in der Zukunft (2015) gibt es z.B. einen Konflikt der McFlys mit den Tannens, die exemplarisch in einer Barszene dargestellt wird. Andererseits vermögen kleine Handlungen den Verlauf des Geschehens radikal zu verändern: Marty's Vater (Georg) z.B. schlägt 1955 Biff Tannen k.o. und befreit sich so aus seiner devoten Position, weshalb sich die Rollenverteilung in der nun

veränderten Gegenwart umgedreht hat. Diesen Knockout könnte man als Akt bezeichnen, der eine völlig neue Situation schafft, indem er den Bedingungen des Geschichtsverlaufs neue Regeln einschreibt. Im Akt sind also die antithetischen Pole, erstens determinierte Wiederkehr des immer selben und zweitens ungeschriebene Zukunft – wenn man so will – synthetisch aufgehoben. Betrachten wir die Knockout-Szene etwas genauer: Georg glaubt an einer inszenierten Szene teilzunehmen, in der sich Marty unsittlich an Lorraine (seiner jugendlichen Mutter) zu schaffen macht und George selbst als heldenhafter Retter auftreten kann („Nimm deine verdammten Drecksfinger von ihr!“). Tatsächlich befindet sich allerdings nicht Marty sondern Biff im Auto mit Lorraine. Indem nun Georg Biff niederstreckt, behandelt er die ‚reale‘ wie eine inszenierte Szene, in welcher die Rollenverteilungen anderen Regeln gehorchen. Anders gesagt. Er begreift das Reale, als zum Teil inszeniertes Reales, in dem die Rollen auch anders besetzt sein können und knockt Biff mit einem ideologiekritischen Faustschlag um. Und eben dadurch verändert er die Koordinaten, nach denen seine Welt funktioniert.

Gegen Schluss des dritten Teils findet sich nun jene Szene, in welcher Marty den verheerenden Unfall hätte gebaut haben sollen. Doch es kommt nicht dazu. Statt sich auf das Autorennen einzulassen, legt er den Rückwärtsgang ein. Er und Jennifer beobachten nun, wie überraschend ein Auto aus einer Seitenstraße kommt, in das sie mit Sicherheit gecrasht wären – hätte – ja hätte Marty konditioniert auf den Vorwurf der „feigen Sau“ reagiert.

Die Welt ist etwas zwischen Theater und Hotel, in dem man die anderen Zimmer nicht betreten kann. Aber wie wir aus zahlreichen Agentenfilmen wissen, kann man sich ein Zimmerservice-Mützchen aufsetzen...

Plug in



# „Black and white isn't grey“

DEFA-Filme sind hervorragende Zeitdokumente der DDR und mitunter einfach gute Filme. Doch kein Schwein interessiert sich hier dafür. In Israel ist gerade eine DEFA-Filmretrospektive zu Ende gegangen. Was wir verpasst haben erzählt ANNA BLUME

## Universum Film AG

Die 1917 gegründete Ufa kann spätestens seit Ende der 1920er als quasi staatliche Einrichtung mit deutschnationalem Geist betrachtet werden. Ab 1933 stellte der Vorsitzende des Aufsichtsrats und zudem ebenfalls Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Alfred Hugenberg die Ufa Joseph Goebbels für Propagandazwecke zur Verfügung. Auch die Arisierungsbestrebungen wurden mehr als nur begrüßt. So entledigte sich die Ufa ihrer ‚jüdischen‘ Mitarbeiter bereits durch einen Vorstandsbeschluss vom 29. März 1933 – und somit bereits drei Monate vor der Einrichtung der Reichsfilmkammer und der damit verbundenen Verordnung zum Ausschluss jüdischer Filmschaffender.

Seit Ende des letzten Jahrtausends gibt es ein großes Interesse in Deutschland an Filmen über das Leben in der ehemaligen DDR. Die Erfolge von ‚Sonnenallee‘ (1998), ‚Good Bye Lenin‘ (2003) und ‚Das Leben der Anderen‘ (2005) sprechen für sich. Während die ersten beiden Filme durch eine romantisierte Darstellung der DDR in nicht geringem Maße zur ‚weißen‘ Ostalgie-Welle beitrugen, widmet sich letzterer der alltäglichen Überwachung durch die Stasi und damit der eher ‚schwarzen‘ Seiten der DDR.

Obwohl diese Filme unterschiedlicher wohl kaum sein könnten, haben sie eins gemeinsam: sie alle waren mehr oder minder erfolgreich. Ganz anders ergeht es da den sogenannten ‚grauen‘ DEFA-Filmen. Sie sind eher ein Randphänomen, für das sich FilmhistorikerInnen und WissenschaftlerInnen außerhalb Deutschlands interessieren.

So fand vom 11. bis 26. November letzten Jahres eben nicht in Berlin, Hamburg oder München eine „Black and White isn't grey“ Film-Retrospektive statt, sondern in den Kinos von Tel Aviv, Jerusalem und Haifa. Die Idee dafür hatte Ralf Dittrich, Kurator der DEFA-Retro, bereits Ende der 90er Jahre, als er in Tel Aviv Film studierte. Damals habe er festgestellt, dass viele Israelis kaum Wissen über die DDR, jedoch ein großes Interesse an ihr haben.

## „Geh doch mal ins Kino, da verfliegt die Wut“<sup>1</sup>

Dass diese Retrospektive nicht einfach nur DDR-Filme zeigen, sondern vor allem einen Einblick in das Leben im Osten geben wollte, wurde spätestens bei der Eröffnungsveranstaltung deutlich.

So kamen die etwa 250 Besucher schon vor der offiziellen Eröffnung durch Ralf Dittrich in den Genuss von Manfred Krugs ‚Auf der Sonnenseite‘, welches vom Band abgespielt wurden. Aber auch im Laufe der DEFA-Retro waren immer mal wieder Regisseure und Schauspieler wie Wolfgang Kohlhaase, Peter Kahane und Jutta Hoffmann

als Gäste zu den Filmvorführungen geladen. Inhaltlich ergänzt wurde dies durch Vorträge in den jeweiligen Städten, wie beispielsweise die in Haifa von Julia Anspach für das Bucerus Institute organisierte Vortragsreihe zu ‚Film und Gesellschaft in Ostdeutschland‘.

## „Watching this DEFA film is like traveling in a timetunnel“<sup>2</sup>

Im April 1945 wurden die alten Ufa (Universum Film AG – siehe Kasten links) Studios in Potsdam-Babelsberg und Berlin-Tempelhof von der Roten Armee besetzt. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehr-

macht am 7. und 9. Mai desselben Jahres wurden durch das Military Government Law No. 191 weitere Filmproduktionen vorerst verboten. Etwa zwei Monate später wurde das Filmvermögen der Ufa-Film GmbH beschlagnahmt (Military Government Law No. 52) und jegliches Engagement in der Filmbranche unter Lizenz gestellt.<sup>3</sup>

Im Mai 1946 wurde in Potsdam-Babelsberg die Deutsche Film-AG (DEFA) gegründet. Der Leiter des Informationsamtes der SBZ, Oberst Sergej Tjulpanow, überreichte an Karl Hans Bergmann, Hans Klering, Alfred Lindemann, Kurt Maetzig und Willy Schiller die Lizenz für die „Herstellung von Filmen aller Kategorie“, nicht jedoch für deren Vertrieb. Ziel der DEFA war es, „in Deutschland die Demokratie zu restaurieren, die deutschen Köpfe von Faschismus zu befreien und auch zu sozialistischen Bürgern erziehen.“<sup>4</sup> Zudem sollte die Filmindustrie entnazifiziert werden, also von „reaktionären Elementen und von undemokratischer antihumanistischer Ideologie und deren Protagonisten befreit werden.“<sup>5</sup>

## Melancholischer Antifaschismus

Demzufolge war Antifaschismus ein Sujet, welches den DEFA Film bis zu seinem Ende Anfang der 90er kontinuierlich begleitete. Die DDR präsentierte sich in Abgrenzung zur ‚faschistischen‘ BRD als das andere, ‚antifaschistische‘ Deutschland. Antifaschismus besonders in Form des kommunistischen Widerstands war

ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Identität. Vor allen Dingen Ende der 50er und Anfang der 60er wurde im Vergleich zu Filmen aus der BRD die NS-Vergangenheit viel stärker thematisiert. Auch gibt es einige Filme, die deutlich jüdische Figuren in den Vordergrund rücken, berichtet der Filmwissenschaftler Tobias Ebbrecht

(Potsdam). Zu den bekanntesten antifaschistischen Filmen gehören Frank Beyers Filme ‚Fünf Patronenhülsen‘ (1960) und ‚Nackt unter Wölfen‘ (1963), Konrad Wolfs ‚Ich war neunzehn‘ (1968) und ‚Mama ich lebe‘ (1976) sowie Heiner Carows ‚Die Russen kommen‘ (1968/1987).

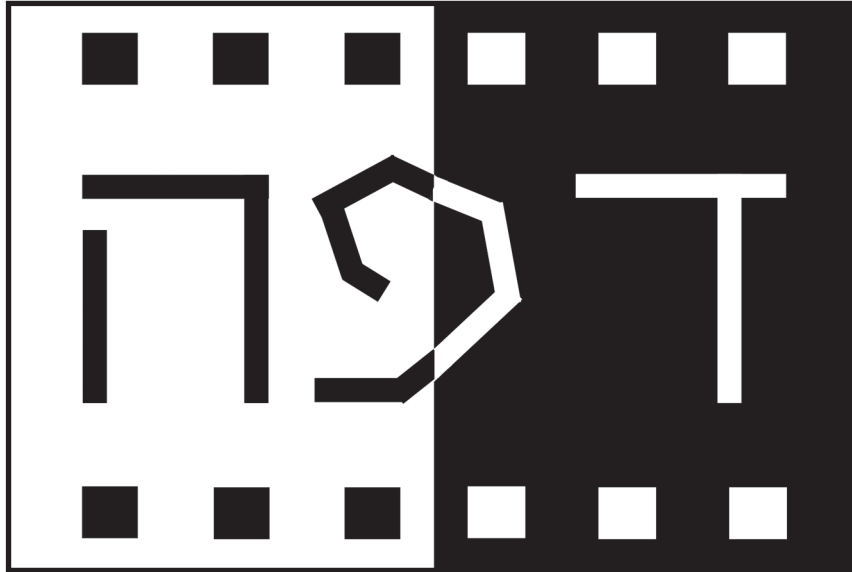
Trotzdem sind Kontinuitäten zwischen Ufa und DEFA-Film zu benennen. So wurden DEFA-Filme nicht nur in den Ufa-Studios produziert, auch in der Wahl des Melodramas als Genre, der Opfer-Ästhetik und dem Personal (Regisseure, Kameraleute, Ausstatter, etc.) zeigen sich einige Gemeinsamkeiten zum nationalsozialistischen Ufa-Film, berichtet Sabine Hake (University of Texas at Austin) in ihrem Vor-



<sup>1</sup> Manfred Krug: Auf der Sonnenseite.

<sup>2</sup> so Martin Schröter, Kulturattaché der Deutschen Botschaft in Tel Aviv bei der Eröffnungsveranstaltung des Festivals in Haifa.

<sup>3</sup> Gegen den Regisseur Veit Harlan wurde Anklage wegen seines antisemitischen Propagandafilms ‚Jud Süß‘ als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Auch wenn Harlan nach einigem hin und her zwischen Freispruch, Revision und Aufhebung des Freispruches letztendlich vom Landgericht Hamburg im April 1950 freigesprochen wurde, war es das erste Mal, dass eine derartige Anklage geführt wurde.



trag. Am bekanntesten ist wohl der Fall des Wolfgang Zeller der nicht nur Filmkomponist von ‚Jud Süß‘ (1940), sondern auch von ‚Ehe im Schatten‘ (1947) ist.

### Zwischen Kriegsfilm, Western und Melodrama

Entgegen gängiger Klischees ist ein DEFA-Film weder zwangsläufig schwarz-weiß noch ein Kriegsfilm, so Johannes von Moltke (University of Michigan). Ganz im Gegenteil, das Genre des DEFA-Films reicht von Western wie ‚Die Söhne der großen Bärin‘ (1965) und ‚Apachen‘ (1973), über Science-Fiction à la ‚Der schweigende Stern‘ (1960), bis hin zu Musikal- und Revuefilmen wie ‚Heißer Sommer‘ (1968). Selbstverständlich gab es auch Kriegsfilme wie ‚Fünf Patronenhülsen‘ (1960), aber eben nicht nur. Was jedoch alle diese Filme vereint, ist, dass sie von offizieller Seite zuallererst als ein politisches Forum zur Verbreitung der politischen Anschauungen der SED angesehen wurden. Dafür jedoch braucht es kein bestimmtes Genre.

### „Hier wird überhaupt nichts verbessert, da könnt ja jeder kommen“<sup>6</sup>

Im Laufe der knapp 50jährigen Geschichte des DEFA-Films entstanden circa 750 Feature Filme von denen lediglich 20 verboten wurde. Das entspricht etwa drei Prozent, was deutlich weniger ist, als man hätte erwarten können. Hierfür benennt der Filmhistoriker Ralf Schenk (Berlin) im Wesentlichen zwei Gründe: zum einen mussten einige Hürden überwunden werden bis ein Film überhaupt erst einmal gedreht werden konnte, so befand sich das Gros an finanziellen und technischen Mitteln in staatlicher Hand. Zum anderen erlagen viele Regisseure dem vorausseilenden Gehorsam und zensierten sich bzw. ihre Arbeit selbst.

Nach einer anfänglichen kurzen Phase, in der den Filmschaffenden viel Freiheit für die Experimentierfreude zugestanden wurde, entwickelte sich ab 1950 ein Zensursystem in dem fundamentale Kritiken am Realsozialismus nicht erlaubt waren. So war es im Besonderen verboten Polizei, Armee und Bildungssystem zu kritisieren.

1965 verschärfte sich die Situation, Kunst und somit auch der DEFA-Film wurden als Grundlage allen Übels in der DDR angesehen und beispielsweise für die Desillusionierung der Jugend verantwortlich gemacht. Das 11. Plenum des ZK der SED verbot die gesamte Filmproduktion des Jahres 1965. Weder Filmhistori-

kerInnen und FilmbuchautorInnen noch Filmstudierenden durften diese – wie auch alle anderen verbotenen Filme – sehen. Es war ihnen zudem nicht gestattet, über sie oder über die Zensur zu schreiben. In Folge dessen lernten Filmemacher wie sie sich ausdrücken sollten, was nicht selten in Selbstzensur endete. Viele der verbotenen Filme durften 1990/1991 und damit zu spät für den Realsozialismus beendet und gezeigt werden.

### Verboten – aber nicht zersört

Zerstört wurde jedoch keiner der Filme. Dies lag zum einen daran, dass die DDR auch die Produktion dieser Filme bezahlt hatte. Zum anderen und vor allen Dingen aber galt die Aussage Heinrich Heines, dass „dort wo man Bücher [oder Filme, A.B.] verbrennt, [...] man auch am Ende Menschen [verbrennt]“<sup>7</sup> nach Auschwitz mehr denn je. Daher verbot es sich für einen antifaschistischen Staat qua Selbstverständnis Kunst zu verbrennen. Und so konnten während der DEFA-Retrospektive auch ehemals verbotene Filme wie ‚Die Spur der Steine‘ (1966) gezeigt werden.

Keiner der Filme lag vor der DEFA-Retro mit Hebräischen Untertiteln vor, sodass diese extra hierfür hergestellt wurden. Dass sich dies mehr als nur gelohnt hat, belegten die gut gefüllten Kinosäle in Haifa, Tel Aviv und Jerusalem. Selbst die englisch- und damit fremdsprachigen Lectures erfreuten sich mit durchschnittlich 60 Besuchern großer Beliebtheit, sodass Julia Anspach und Ralf Ditttrich sehr zufrieden mit dem Verlauf der Retrospektive sind. Noch bevor diese vorbei war, fing Ralf Ditttrich schon an, das nächste Projekt zu organisieren. Im April und Mai wird es in Deutschland, so auch in Berlin rund um den 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels eine Israel-Retrospektive geben. Dann bekommt das deutsche Publikum Gelegenheit, Klassiker des israelischen Kinos der 50er, 60er und 70er Jahre zu entdecken. Es werden zum größeren Teil Filme gezeigt, die man hierzulande bisher kaum zu sehen bekommen hat und für die das Israel-Film-Archive extra von den meisten Filmen neue 35-mm-Kopien anfertigt. Denn die wenigen vorhandenen Kopien sind seit Jahren kaum noch vorführbar.

*Mit besten Dank an den Filmwissenschaftler Tobias Ebbrecht für die Geduld und den inhaltlichen Support.*

<sup>4</sup> Zitiert nach <http://de.wikipedia.org/wiki/DEFA>.

<sup>5</sup> Zitiert nach ebd.

<sup>6</sup> aus dem DEFA-Film ‚Karla‘.

<sup>7</sup> Heinrich Heine: Almansor.

# Aktionstag in Frankfurt



Am 26. Januar jährt sich zum 3. Mal die Entscheidung des BVerfG, mit der es das Studiengebührenverbot kippte  
Gibt zwei Kundgebungen und einen Bus. Anmeldung: greim@gew-berlin.de

Foto: marcobertin auf flickr.com

## NFJ Seminare

**11.-13. Januar 2008**  
support your local feminists!  
Ein Seminar zu Feminismus.

**18.-20. Januar 2008**  
Pixel, Poster, Politik – Ein Layout-seminar: Photoshop ist kein Mittel die Gesellschaft zu verändern...

**25.-27. Januar 2008**  
Reden, Reden, nichts Bewegen? Seminar zu Grundlagen politischer Arbeit

Infos & Anmeldung jeweils unter:  
[info@naturfreundejugend-berlin.de](mailto:info@naturfreundejugend-berlin.de)

### Zuschuss zum Semesterticket – Hier gibt's Geld!

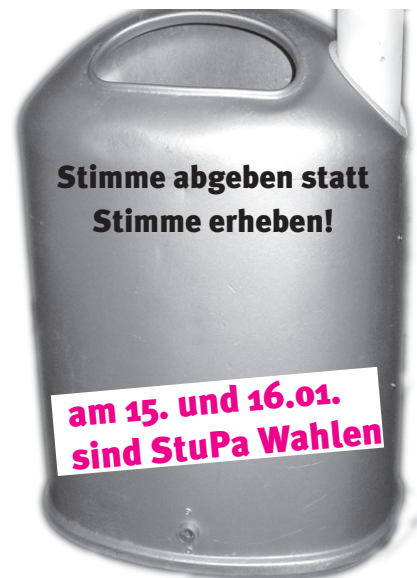


Jeder StudentIn der HU kann einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialer Lage und Härte der Situation, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag, derzeit 151,- € pro Semester, entschieden.

Was als geringes Einkommen und soziale Härte gilt, ist im Semesterticketbüro oder im Netz unter [www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix) zu erfahren. Dort gibt es auch Antragsformulare. Anträge können während der Rückmelde-/Einschreibefrist gestellt werden.

#### Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Unter den Linden 6    Hauptgebäude    Tel.: 2093-2082    [semnix@refrat.hu-berlin.de](mailto:semnix@refrat.hu-berlin.de)  
10099 Berlin    Raum 1043    Fax: 2093-2092    [www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix)



**Stimme abgeben statt  
Stimme erheben!**

**am 15. und 16.01.  
sind StuPa Wahlen**

## Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

### Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 14-16 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 14-16 Uhr  
  
Monbijoustraße 3/ Raum 16  
Tel.: 20 93 - 19 86  
Email: [beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de)

### Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten  
Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 14 Uhr  
  
Monbijoustraße 3/ Raum 15  
Tel.: 20 93-10 60  
E-Mail: [beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten  
Montags 12 - 15:30 Uhr  
Mittwochs 10 - 13:30 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung  
  
Monbijoustraße 3/ Raum 16  
Tel.: 20 93-19 86 Internet: [www.refrat.de/soziales/stuki](http://www.refrat.de/soziales/stuki)  
E-Mail: [beratung.kind@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.kind@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten  
Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr  
Donnerstag 13:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung  
  
Monbijoustraße 3/ Raum 6  
Tel.: 20 93-10 62 Internet: [www.refrat.de/soziales/befas](http://www.refrat.de/soziales/befas)  
E-Mail: [beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de)

### Enthinderungsberatung

Sprechzeiten  
Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr  
März, August, September:  
Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung  
  
Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45  
E-Mail: [beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de)  
Internet: [www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung](http://www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung)

### Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 18-20 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig  
  
Monbijoustraße 3/ Raum 16

### Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten  
Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig  
  
Dorotheenstraße 17/ Raum 2  
aktuelle Termine: [www.refrat.de/lust](http://www.refrat.de/lust)

### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten  
Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr  
März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr  
  
Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45 [www.refrat.de/soziales/arbeit](http://www.refrat.de/soziales/arbeit)  
E-Mail: [beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de)

